

# Statt Ausgang Winterdienst mit Traktor

Die Brüder Korrodi aus Bäretswil haben mit 20 Jahren den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt

ken. Dort, wo der kantonale oder kommunale Winterdienst den Schnee nicht wegräumt, springen private Unternehmer ein. So auch die Brüder Korrodi aus Bäretswil. Die beiden sind zwar erst um die 20 Jahre alt, doch bei Bedarf sind sie mit ihrem neuen Traktor jederzeit einsatzbereit.

Am frühen Donnerstagmorgen, kurz nach 4 Uhr, ist Guido Korrodi bereits mit seinem grünen John-Deere-Traktor in Bäretswil unterwegs. 3,80 Meter breit ist der leuchtend rote Schneepflug, mit dem er für seine Kunden «saubere und effiziente Arbeit» leistet, wie er sagt. Da in dieser Nacht wenig Schnee gefallen ist, müssen nur einzelne Plätze und Strassen geräumt werden, denn nicht alle wünschen den gleich umfassenden Service.

## Vom Hobby zum Beruf

Viele Privatpersonen und Firmen nehmen den Dienst der Brüder Guido und Marco Korrodi in Anspruch. Überall dort, wo weder der kantonale noch der kommunale Winterdienst im Einsatz ist, erledigen die beiden jungen Männer bei Bedarf die anfallenden Räumungsarbeiten mit ihrem neuen Traktor. Diesen haben sie erst zu Beginn dieser Saison erwor-



Die Korrodos pflügen sich ihren Weg in die Zukunft. (Bilder ken)

ben, und er ist Guido Korrodos ganzer Stolz. Angefangen hat der 21-Jährige vor sechs Jahren mit einer alten Bühler-Occasion. «Maschinen haben mich schon immer fasziniert», erzählt er.

Und so kam es, dass er während einer Lehre als Elektromonteur bereits für Lohn-

betriebe Traktor fuhr und für Bauern weisse Siloballen machte. Nach der Ausbildung war für Guido Korrodi klar, dass er sein Hobby zum Beruf machen will. Zusammen mit dem 19-jährigen Marco, der soeben eine Lehre als Zimmermann abgeschlossen hat, baute er sich einen Kun-



Guido (links) und Marco Korrodi.

denstamm um Bäretswil und Wetzikon auf. Viele Aufträge waren nötig, bis ein neuer Traktor angeschafft werden konnte. Dafür verzichtet Guido Korrodi gerne auf den Ausgang. «Für mich gibt es nichts Schöneres, als diese Arbeit», meint er lachend.

Seit 3 Uhr morgens sind die Brüder an diesem Tag auf den Beinen. Wenn der Wetterbericht Schnee ankündigt, müssen sie früh raus. Auch bei viel Niederschlag wollen sie den Kunden einen guten Service bieten, damit sich diese im kommenden Jahr wieder für «G. + M. Korrodi» entscheiden.

## Selbstständigkeit trotz Risiken

Die beiden jungen Männer sind sich der Risiken, die mit der Selbstständigkeit verbunden sind, durchaus bewusst. Dennoch: «Es tut gut, sein eigener Chef zu sein und selber die Verantwortung zu übernehmen», findet Marco Korrodi, der unter anderem für die Administration zuständig ist. «Auch wenn das bedeutet, 24 Stunden für das Geschäft da zu sein.»

Die Schneeräumung im Winter macht dabei nur einen Teil der Arbeiten aus. Nebst dem Ballenservice führen die Korrodos beispielsweise auch Transporte aus und sorgen für den Unterhalt von Flur- und Forststrassen. Der Schwerpunkt liegt jedoch auf Erdarbeiten.

Vorurteile bezüglich ihres Alters und ihrer Erfahrung kornern Marco und Guido Korrodi mit erhöhter Anstrengung, um die Kunden von ihren Fähigkeiten zu überzeugen. Zudem bilden sie sich laufend in praktischen Kursen weiter. Ihr Ziel ist es, eines Tages eine richtige Firma zu haben. «Aber man muss schauen, wie sich das Ganze entwickelt, und man muss flexibel bleiben», findet Marco. Selbstbewusster tönt es bei Guido: «Ich habe Respekt vor der Selbstständigkeit, doch ich bin überzeugt, dass es funktioniert – wobei die Firma nie so gross werden soll, dass ich nicht mehr selber Traktor fahren kann.»

## Regierung für Militärflugplatz

Flugbetrieb in Dübendorf soll bis 2015 erhalten bleiben

da/se. Der Militärflugplatz Dübendorf soll zumindest als Helikopter-, Lufttransport- und Ausbildungsbasis der Luftwaffe mit der dafür notwendigen Infrastruktur erhalten bleiben. Dies fordert der Zürcher Regierungsrat in seiner Vernehmlassungsantwort.

Zur rein militärischen Notwendigkeit des Flugplatzes Dübendorf äusserte sich der Regierungsrat in seinem Communiqué von gestern ausdrücklich nicht. Aber er kritisierte das Vorgehen des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS): Den Kantonen sei ursprünglich gesagt worden, am 6. Dezember 2004 werde ein Stationierungsentscheid mit Varianten präsentiert. Dann seien sie aber vor vollendete Tatsachen gestellt worden.

## Betriebsabbau nicht vor 2015

Mit dem nun vorliegenden Konzept werde das Schwergewicht der Luftwaffe nach Westen verlegt. Die Ostschweiz verfügt über keine Basis mehr, was nach Meinung der Zürcher Regierung dann ins Gewicht fällt, wenn die Luftwaffe hier Katastrophenhilfe leisten müsse. Der Zeitverlust sei wesentlich, schreibt der Regierungsrat: «Wenn die Einsätze aus der Innerschweiz geflogen werden, werden pro Weg rund 45 Minuten zusätzlich benötigt – sofern Sicht und Witterung einen Start überhaupt zulassen.» Aus diesem Grund fordert der Regierungsrat «im

Interesse der ganzen Ostschweiz» von der Armee, den Militärflugplatz Dübendorf zumindest als Helikopter-, Lufttransport- und Ausbildungsbasis der Luftwaffe mit der dafür notwendigen Infrastruktur zu erhalten. Sollte das VBS am Schliessungsentscheid festhalten, sei der Abbau des Betriebes frühestens auf 2015 anzusetzen.

## Stadtrat hoch erfreut

«Ich bin hoch erfreut über die Stellungnahme des Regierungsrates», sagt Dübendorfs Stadtrat Kurt Spillmann. Der Kanton habe ein klares Zeichen nach Bern gesandt. Der Kampf für den Standort des Militärflugplatzes in Dübendorf gehe weiter. Spillmann verwies nochmals darauf, dass der Militärflugplatz Dübendorf aus zwei Gründen bestehen bleiben müsse. Zum einen wäre das der wirtschaftliche Aspekt, und zum anderen könne so den drohenden Überflügen der zivilen Fliegerei vorgebeugt werden. Ruhig nämlich werde es in Dübendorf auch dann nicht, wenn der Militärflugplatz den Betrieb einstelle. Nicht leben will Spillmann «mit dem Minimalkompromiss, den Flugbetrieb in Dübendorf bis mindestens 2015 auszudehnen».

Zur geplanten Schliessung des Zeughauses Kloten schreibt der Regierungsrat, dass dem Zeughaus eine wichtige Rolle bei der schnellen Bereitstellung von Logistikgütern zukomme. Er fordert, dass alle 80 Arbeitsplätze in das neue Logistik-Center in Hinwil und ins Infrastruktur-Center in Othmarsingen AG integriert werden.

## Interpretationen der Verfassung

In Pfäffikon diskutierten die Regierungsratskandidaten Genner und Bortoluzzi

fw. Eine Verfassung lässt Interpretationen zu. Daran entzündeten sich die Diskussionen um die neue Verfassung, über die am 27. Februar abgestimmt wird. So auch am Mittwoch an einer gut besuchten Podiumsveranstaltung in Pfäffikon, wo sich neben zwei Verfassungsräten die Regierungsratskandidaten Toni Bortoluzzi (svp) und Ruth Genner (gp) gegenüberstanden.

Es wurde sachlich diskutiert, und gegnerische Argumente wurden fair zur Kenntnis genommen. Provokationen blieben aus. Die einzige Provokation lieferten einige Halbwüchsige, die gleich zu Beginn ein Plakat der Juso des Kantons Zürich für Ruth Genner am Podium befestigten und Flugblätter verteilten. Dass es nicht zur Konfrontation kam, war der besonnenen Reaktion – «Die freie Meinungsäusserung ist ein demokratisches Grundrecht» – von Diskussionsleiter Christoph Vollenweider, Chefredaktor des «Zürcher Oberländers», zu verdanken. Für den Rest des Abends verhielten sich die Jugendlichen ruhig.

## Ergebnis von Kompromissen

Ruth Genner, Regierungsratskandidatin der Grünen, vertrat zusammen mit Verfassungsrätin Marlies Bänziger (gp) die Seite der Befürworter der neuen Verfassung. Darin seien die Grundrechte der einzelnen Bürger festgehalten. «Der Staat

bekommt keine neuen Aufgaben, sie sind nur transparenter dargestellt», sagte Genner. Die vom hundert Mitglieder umfassenden Verfassungsrat in vier Jahren ausgearbeitete Vorlage stelle ein Kompromiss dar. «Im Verfassungsrat hatten FDP und SVP die Mehrheit, deshalb ist der Vorwurf falsch, dass es sich um eine Verfassung der Linken und Grünen handelt», unterstrich Bänziger.

Falsch sei auch die Behauptung der Gegner, die Aufgaben des Staates nähmen zu. Die Verfassung halte Verbindlichkeiten fest, doch müssten neue Aufgaben den demokratischen Meinungs- und Entscheidungsprozess durchlaufen. Ruth Genner wehrte sich gegen die Behauptung, man könne aus den Sozialzielen unmittelbare Ansprüche an Sozialleistungen ableiten. Auch führe nicht jeder Artikel zu neuen Gesetzen. Bänziger sprach sich klar für das neu in der Verfassung vorgesehene konstruktive Referendum aus. Die Schnittstelle zwischen indirekter und direkter Demokratie werde verfeinert. Dieses fördere die Eigeninitiative und stärke damit die Volksrechte.

## Gemeindeautonomie bedroht

Gerade das Gegenteil sei der Fall, entgegnete Verfassungsrat Gregor A. Rutz, Generalsekretär der SVP Schweiz, der wegen einer Zugspanne verspätet eingetroffen war. Die Volksrechte würden geschwächt, und die Demokratie würde kaputtgemacht, weil am Schluss niemand mehr den Durchblick habe. Toni Bortoluzzi warnte vor einer Zunahme der staat-

lichen Aufgaben. Der Staat habe dafür zu sorgen, dass der Bürger seine Eigenverantwortung wahrnehmen könne. Andernfalls führe dies zu mehr Bürokratie, höheren Staatsausgaben und weniger Freiheit. Auch die Gemeinden hätten mit einer neuen Kantonsverfassung weniger zu sagen und erhielten vom Kanton immer mehr neue Aufgaben aufgebüdet, die sie auch bezahlen müssten.

So bestimme die neue Verfassung, dass der Kanton jede Gemeinde zwingen könne, einem Zweckverband beizutreten, wenn es wichtige öffentliche Interessen erforderten, erklärte Bortoluzzi. Dies führe zu einem zentralistischen Staatswesen. «Die vorliegende Verfassung vertritt ein Menschenbild, das mir widerstrebt», sagte der Regierungsratskandidat. Er wolle vom Staat weder beschützt noch bemuttert werden, sondern eigenständig und freiheitlich handeln können. «Der Staat soll sich dann um seine Bürger kümmern, wenn sie in einer Nollage sind.»

## Umstrittene Mehrkosten

Anschliessend an eine kaum benützte Diskussion hielt Verfassungsrat Rutz fest, dass es keine neue Verfassung brauche, umso mehr als man damit mehrere hundert Millionen Franken sparen könne. Seine Verfassungsratskollegin Bänziger meldete starke Zweifel an dieser Berechnung an. Falls die Vorlage abgelehnt werde, müsse innerhalb eines Jahres eine angepasste Variante vorgelegt werden. Werde diese erneut abgelehnt, gelte weiterhin die alte Verfassung.

## INHALT



### 9 Oberland

In Pfäffikon diskutierten Ruth Genner (gp) und Toni Bortoluzzi (svp) über die neue Verfassung

### 10 Hinwil

Regierungsrat Markus Notter sprach an einem Podium in Hinwil zur neuen Kantonsverfassung

### 11 Hinwil

Schulpräsidenten des Bezirks Hinwil reichen Kantonsrat einen Antrag zum neuen Volksschulgesetz ein

### 11 Hinwil

In Bubikon wechselt der Finanz- und Liegenschaftsverwalter der Politischen Gemeinde zur Schule

### 13 Pfäffikon

Die Reformierte Bezirkskirchenpflege Pfäffikon wurde in stiller Wahl ergänzt

### 13 Pfäffikon

Der Kirchenchor Illnau führte kürzlich seine jährliche Generalversammlung durch

## Spitäler gehen neue Wege

Zentrales Lager für GZO Wetzikon und Spital Uster

sda. Drei Zürcher Spitäler gehen bei der Beschaffung und Bewirtschaftung von Medizinprodukten schweizweit neue Wege: Statt eigene Lager zu halten, werden sie via eine gemeinsame externe Logistikplattform versorgt. Betrieben wird die Plattform von Hospital Solutions, einem Bereich der Schweizer Post. Prozesse, Systeme und Infrastruktur wurden von Swissmedic geprüft und zertifiziert.

Das Konzept bewährt sich im Alltag bestens, wie die Uniklinik Balgrist, die GZO Wetzikon und das Spital Uster am

Donnerstag mitteilten. Die Lieferanten fahren die Spitäler nicht mehr einzeln an, sondern nur noch das zentrale Lager, bei dem die Stationen und Abteilungen die benötigten Waren laufend bestellen. Statt mehrmals täglich wird jedes Spital in einer einzigen, gebündelten Lieferung versorgt. Dringende ausserplanmässige Lieferungen sind laut Communiqué aber weiterhin möglich.

Aufgrund der erwarteten Vorteile wollen nun vier weitere Spitäler im Kanton Zürich denselben Weg gehen.